

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 18/3404 –**

Regionale Wirtschaftspolitik – Die richtigen Weichen für die Zukunft stellen

A. Problem

Forderung an die Bundesregierung, ein gesamtdeutsches System zur Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung nach dem Auslaufen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ab 2020 zu erarbeiten.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen aller Fraktionen.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/3404 anzunehmen.

Berlin, den 25. Februar 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Andrea Wicklein
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/3404** wurde in der 77. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Dezember 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD heben in ihrem Antrag die Bedeutung der regionalen Wirtschaftspolitik hervor. Ein bewährtes und zentrales Instrument hierfür ist die GRW, die durch Förderung strukturschwacher Regionen darauf zielt, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet herzustellen. Diese vom Bund und den Ländern kofinanzierte Förderkulisse ist bis 2020 gesichert, aber bereits heute soll die künftige Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Systems der regionalen Wirtschaftsförderung erarbeitet werden. Diesbezügliche Forderungen sind insbesondere:

- die Anhebung des Wachstumspotenzials in strukturschwachen Regionen mittels einer regionalen Wirtschaftspolitik;
- der Beginn einer Debatte zwischen Bund und Ländern über die künftige Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Systems der regionalen Wirtschaftsförderung ab 2020;
- das Einwirken des Bundes auf die Länder, dass diese die Kofinanzierung im Sinne der Gemeinschaftsaufgabe sicherstellen und den Förderrahmen ausschöpfen;
- das Abstimmen eines künftigen gesamtdeutschen Systems der regionalen Wirtschaftsförderung mit den bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumenten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/3404 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 38. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 34. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 39. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 28. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 28. Sitzung am 28. Januar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 35. Sitzung am 04. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 25. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 26. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 30. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen dessen Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/3404 in seiner 32. Sitzung am 25. Februar 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, dass es mit dem Antrag gelungen sei, einerseits die derzeitige Bedeutung der regionalen Wirtschaftspolitik zu betonen und andererseits die Frage zu thematisieren, wie es künftig nach Auslaufen der derzeitigen Förderperiode im Jahr 2020 weitergehen soll. Es sei wichtig, bereits frühzeitig in die notwendige Debatte einzusteigen und damit aufzuzeigen, dass es innerhalb Deutschlands noch immer regionale Disparitäten gebe. Gebrauchte werden weiterführende Regionalindikatoren zur Bestimmung der strukturellen Schwäche. Ziel sei es, alle Regionen Deutschlands wettbewerbsfähig zu halten, zum Beispiel durch Breitbandinfrastrukturausbau oder Innovationsförderung für Mittelstand und Handwerk. Nur so werde die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse möglich.

Die **Fraktion der SPD** verwies auf den gesetzlichen Auftrag zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands. Mit dem vorliegenden Antrag werde ein Zeichen für die strukturschwachen Regionen gesetzt, die weiterhin Unterstützung bräuchten. Gerade die GRW habe sich als Instrument bewährt und biete eine gute Grundlage, um auch künftig die verschiedenen Förderprogramme, insbesondere die europäischen Strukturförderfonds und die Programme der Länder und Kommunen, zu koordinieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kündigte die Zustimmung zu dem Antrag an, da die Förderung strukturschwacher Regionen – auch in den alten Bundesländern – wichtig sei. Hierfür habe sich das Instrument der GRW bewährt. Die Absicht der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sei als Ziel für die Zeit nach Auslaufen der jetzigen Förderperiode formuliert und werde von der Fraktion unterstützt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass auch sie dem Antrag zustimmen werde. Allerdings wurde vorgeschlagen, noch weitere Schwerpunkte zu setzen. Erwähnenswert hierbei seien die Weiterentwicklung der Regionalindikatoren über die Arbeitsmarktindikatoren hinaus, die Schwerpunkte der regionalen Wertschöpfung durch Handwerk und Mittelstand, die Stärkung regionaler Belieferungs- und Vermarktungsstrukturen, die Berücksichtigung regionaler Nachhaltigkeitsstrategien sowie die Frauenförderung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 18/3404 zu empfehlen.

Berlin, den 25. Februar 2015

Andrea Wicklein
Berichterstatlerin